

Protokoll

über die 24. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Wedel
am Dienstag
dem 03.11.2015, im Ratssaal und im Sitzungsraum Vejen des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:47 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester
Herr Jörg Keller
Herr Michael Schernikau

Ausschussvorsitzender, 1. stellvertr.
Fraktionsvorsitzender

Herr Stephan Schwartz
Herr Norbert Weller

WSI:

Herr Joachim Funck
Frau Renate Palm

Fraktionsvorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Willibald Ulbrich
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Rüdiger Fölske
Herr Wolfgang Rüdiger

stellvertr. Ausschussmitglied

FDP-Fraktion:

Herr Martin Schumacher

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Seniorenbeirat:

Herr Bruno Helms

Vertreter für Frau Bohnert

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder
Herr Bryan Ransom-Lieber



Umweltbeirat:

Herr Rainer Hagendorf

stellvertr. Ausschussmitglied

Verwaltung:

Herr Karl-Heinz Grass
Herr Klaus Lieberknecht
Frau Christiane Maylahn
Sonja Taschendorf

Fachdienstleiter 2-61
Fachbereichsleiter 2
Fachdienst 2-61
Schriftführerin

Gäste:

Herr Detlev Blohm
Herr Jochen Kieper
Herr Dieter Strüven

stellvertr. Ausschussmitglied
stellvertr. Ausschussmitglied
stellvertr. Ausschussmitglied

Es fehlte entschuldigt:

SPD-Fraktion:

Herr Manfred Eichhorn

Seniorenbeirat:

Frau Heidemarie Bohnert

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Herr Wuttke möchte den TOP 13 Bauvorhaben B-Plan 9b „Müllerkamp“ öffentlich beraten. Dafür sprechen sich auch SPD, Die Linke und WSI aus, wobei die WSI im Vorfeld informiert zu werden wünscht und daher beantragt, den TOP zu verschieben.

Der Antrag auf Vertagung wird vom Ausschuss mit 2 Ja / 5 Nein / 6 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit wird mit 5 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen ebenfalls abgelehnt. Der TOP wird daher zeitlich vorgezogen, ohne die Reihenfolge im Protokoll zu verändern und hinter Punkt 3, Genehmigung des Protokolls, beraten.

Herr Schernikau würdigt die Verdienste Herrn Gabriels, der lange im Umweltbeirat mitgewirkt hat und kürzlich verstorben ist, und bittet ihm zum Andenken um eine Schweigeminute.

Die Tagesordnung wird in der nachstehenden Reihenfolge beraten:

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Anhörung der Beiräte



- 3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 23. Sitzung vom 29.09.2015
- 4.) Ausbau der Einmündung Industriestraße und Rissener Straße/Wedeler Landstraße (B431);
hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit Hamburg
Vorlage: BV/2015/104
- 5.) B-Plan Nr. 83 "Einmündung Rissener Straße (B 431)/Industriestraße"
hier: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/2015/098
- 6.) Aufhebungsbeschluss und Einstellung des Bebauungsplanverfahrens
hier: Bebauungsplan Nr. 90 a "Erweiterung Einkaufszentrum Bahnhofstraße"
Vorlage: BV/2015/113
- 7.) Haushaltssatzung 2016
Vorlage: BV/2015/108
- 8.) Antrag der SPD-Fraktion zum geförderten Wohnraum
- 9.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
 - 9.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 10.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u.a.
- 11.) Mitteilungen und Anfragen
 - 11.1 Interne Leistungsverrechnung
Vorlage: MV/2015/097
 - 11.2 9. Bericht zur Revitalisierung des BusinessPark Elbufer
Vorlage: MV/2015/085
 - 11.3 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 11.4 Sonstiges

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 12.) Vorstellung Projekt Baumschulweg am Steinberg

öffentlich

- 13.) Bauvorhaben, B-Plan 9b "Müllerkamp", 2. Änd. Teilbereich "Rudolf- Breitscheid-Straße"

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 14.) Vorstellung eines Bauprojektes - Feldstraße
-

- 15.) **Sanierungsmaßnahme Neugestaltung Schulauer Hafen - Nachtragsvereinbarun-
gen**
Vorlage: BV/2015/085

- 16.) **Wedel Nord**
Vorlage: BV/2015/109

- 17.) **Mitteilungen und Anfragen**

17.1 **Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**

17.2 **Sonstiges**

- 18.) **Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Öffentlicher Teil:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**

Herr Pflüger berichtet von einem Gespräch mit der Verwaltung, dass ihn überzeugt hat, dass die Pflege der Wedeler Au gut ist. Aber er ist weiterhin der Meinung, dass der Planfeststellungsbeschluss nicht umgesetzt ist. Die Verwaltung verweist auf das gemeinsame Gespräch, in dem Herrn Pflüger zugesichert wurde, dass im Rahmen der Aktualisierung des Pflege- und Entwicklungskonzeptes Wedeler Au auch seine Fragen gutachterlich behandelt werden würden.

- 2.) **Anhörung der Beiräte**

Herr Harder vom Jugendbeirat verliest einen Antrag zur Prüfung eines Fahrrad-Schutzstreifens in der Bahnhofstraße (Anlage 1). Er führt aus, dass die Situation in der Bahnhofstraße für Radfahrer gefährlich ist und die Radfahrer teilweise in der Straßenmitte fahren, um gezielt gefährliche Überholmanöver der Autofahrer zu vermeiden. Er bittet die Verwaltung um die Beantwortung der Anfragen, die dem Antrag angefügt sind.

Der Ausschuss stimmt dem Prüfauftrag einstimmig zu.

Der Umweltbeirat erklärt seine Unterstützung für diesen Antrag und wirbt um aktive Teilnahme im Umweltbeirat, der auf 3-4 aktive Mitglieder geschrumpft ist.

- 3.) **Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 23. Sitzung vom 29.09.2015**

Das Protokoll wird mit 12 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung genehmigt.



- 4.) **Ausbau der Einmündung Industriestraße und Rissener Straße/Wedeler Landstraße (B431);**
hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit Hamburg
Vorlage: BV/2015/104

Herr Rüdiger möchte mit der Beschlussfassung warten bis der B-Plan Nr. 88 in Kraft tritt. Ihm wird geantwortet, dass die Vereinbarung nur zum Tragen kommt, wenn der B-Plan Rechtskraft erlangt.

Herr Wuttke findet, dass die verkehrliche Abwicklung geregelt sein muss bevor der B-Plan verabschiedet wird und das dies ein kleiner Schritt dahin ist.

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig:

Der Rat beschließt, für den Ausbau der Einmündung Industriestraße und Rissener Straße/ Wedeler Landstraße (B 431) auf Hamburger Gebiet eine öffentlich-rechtliche Verwaltungsvereinbarung mit der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, abzuschließen.

- 5.) **B-Plan Nr. 83 "Einmündung Rissener Straße (B 431)/Industriestraße"**
hier: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: BV/2015/098

Auf die Frage, ob die Lärmschutzmaßnahme der einzige Grund für die Aufstellung des B-Plans ist, erwidert die Verwaltung, dass man Planungsrecht für die Gesamtmaßnahme braucht und der Lärmschutz in diesem Zusammenhang mitbehandelt werden muss.

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig:

Der Rat beschließt,

die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 83 für den Einmündungsbereich der Rissener Straße (B 431) mit der Industriestraße. Der Bebauungsplan erhält den Namen „Einmündung Rissener Straße (B 431)/Industriestraße“.

Da die Grundzüge der Planung nicht berührt werden, wird das Bebauungsplanverfahren im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt.

Der Geltungsbereich wird im Osten begrenzt durch die Landesgrenze zur Freien und Hansestadt Hamburg, im Süden durch die Industriestraße auf Höhe der nördlichen Einmündung des Birkenweges, im Westen durch das Flurstück 29/43 und im Norden durch das Flurstück 22/184

- 6.) **Aufhebungsbeschluss und Einstellung des Bebauungsplanverfahrens**
hier: Bebauungsplan Nr. 90 a "Erweiterung Einkaufszentrum Bahnhofstraße"
Vorlage: BV/2015/113

Der Planungsausschuss empfiehlt ohne Aussprache dem Rat einstimmig:

Der Rat beschließt, den gefassten Aufstellungsbeschluss vom 13.03.2014 zum Bebauungsplan Nr. 90 a „Erweiterung Einkaufszentrum Bahnhofstraße“ aufzuheben und das Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 90 a „Erweiterung Einkaufszentrum Bahnhofstraße“ einzustellen.

**7.) Haushaltssatzung 2016
Vorlage: BV/2015/108**

Herr Wuttke möchte innerhalb des Produkts 5110-01000 ein Verfahren vorziehen: Es sollen Investitionsmittel und Planungskosten für die Schaffung eines Radwegs parallel zur Mühlenstraße eingeworben werden.

Herr Schumacher schlägt als Minimallösung bis zur Schulstraße vor.

Frau Palm erklärt, dass ein Radweg schön wäre, aber erst Zahlen vorliegen müssten und sie daher die Vertagung auf den nächsten PLA beantragt.

Herr Fölske merkt an, dass die Nordumfahrung noch nicht geklärt ist. Herr Grass erwidert, dass für Wedel Nord eine äußere Erschließungsstraße benötigt wird, die von der Pinneberger Straße zur Holmer Straße, mindestens bis zur Aschhoopstwierte führen muss. Diese müsste sinnvollerweise so geplant werden, dass eine spätere Nutzung als Bundesstraße ebenfalls möglich ist. Für das B-Plan-Verfahren sind 2015 und 2016 je 200.000 € eingeworben worden. Diese Ansätze sollten in einer Summe in den Haushalt 2016 neu eingestellt werden, da dies haushaltstechnisch eine sauberere Lösung ist als die Mittel von 2015 zu übertragen. Dazu kommen die Planungskosten der äußeren und der inneren Erschließung für Wedel Nord, von 250.000 € bzw. 200.000 €. Die Ausgaben müssen im Haushalt abgebildet sein, auch wenn sie vom Investor zurückerstattet werden. Für die Ausgabe wie die Einnahme braucht man einen Beschluss.

Herr Wuttke will einer Erschließung, die weiter als bis zur Aschhoopstwierte geht, seine Zustimmung verweigern, damit der Ratsbeschluss nicht ausgehebelt wird.

Herr Schumacher erklärt, dass er die Mehrheitsentscheidung im Rat zwar akzeptiert, aber dies für Wedel Nord zu eng gedacht ist. Da hier Verkehre in ein Gebiet fließen werden, das man entlasten will, sollte man bis Holmer Straße durchbauen.

Weiter fragt er, ob vorher nicht eine Grundentscheidung nötig ist, ob ein oder mehrere B-Pläne erstellt werden. Es wird geantwortet, dass man erst Geld einwerben muss, bevor man planen kann. Diese Summe ist von der Anzahl der B-Pläne unabhängig.

Herr Wuttke fragt was die Reduzierung der Stelle 2-61-03 auf 0,50 zu deuten hat. Herr Lieberknecht antwortet, dass es sich hier nur um eine Korrektur handelt. 10 Wochenstunden entfallen auf die Betreuung des UBFs und werden nun folgerichtig unter 2-601-6 ausgewiesen.

Herr Schernikau lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen, dem der Ausschuss mit 8 Ja / 0 Nein / 5 Enthaltungen zustimmt.

8.) Antrag der SPD-Fraktion zum geförderten Wohnraum

Herr Fölske stellt den Antrag der SPD vor. Er stellt fest, dass mit kleinteiligen Maßnahmen die benötigten geförderten Wohnungen nicht zu schaffen sind. Man sollte Konflikte vermeiden, die entstehen, wenn nur Wohnungen bzw. Unterbringungen für Flüchtlinge erstellt werden. Daher fordert er, dass sich die Stadt an einer Wohnungsbaugesellschaft beteiligt. Seiner Meinung nach kann mit gemischten Konzepten, die sozial geförderten und normalen Wohnungsbau vorsehen, durchaus Geld verdient werden.

Herr Schumacher gibt zu bedenken, dass zurzeit eine Reihe von Projekten mit normalem, gefördertem und ähnlichem Wohnungsbau laufen. Die Neu- und Umbauten für die Flüchtlinge sind nachhaltig angelegt, so dass sie auf Dauer auch anderen Menschen zur Verfügung stehen. Daher sieht er keinen Grund, warum sich die Stadt irgendwo beteiligen soll. Zudem



sich die Entwicklung für Wedel Nord massiv beschleunigt hat. Dessen Investor hat in Aussicht gestellt, dass bis zu 40 % der Wohnungen sozial gefördert werden könnten. Herr Burmester stellt einen Vertagungsantrag, um in der Fraktion beraten zu können. Herr Wuttke findet den Ansatz begrüßenswert, möchte aber konkrete Vorschläge unterbreitet bekommen.

Herr Funck stimmt der Vertagung zu, da man zurzeit in Haushaltsberatungen sei und man auch die Bürgermeisterwahlen abwarten sollte.

Herr Weller teilt den Wunsch nach Konkretisierung, insbesondere wie damit Geld verdient werden soll.

Der Umweltbeirat hält die Flächenversiegelung grundsätzlich für bedenklich und fürchtet, dass das die Atmosphäre der Stadt verändert.

Herr Fölske findet den Beratungsbedarf nachvollziehbar und verwahrt sich dagegen, dass die SPD mit dem Antrag Wahlkampf betreiben will. Er schlägt die Einrichtung einer AG ähnlich dem wohnungswirtschaftlichen Dialog vor.

Herr Schernikau lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen, der einstimmig angenommen wird.

9.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

9.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Lieberknecht berichtet, dass die Einweihung des Hafens am 22.10.2015 erfolgreich verlaufen ist. Die Kostenabrechnung für die Hafenumbaumaßnahme soll bis zum Ende des Jahres vorliegen. Die 2. Maßnahme, das Ostufer mit dem Flutschutz, ist in Vorbereitung, man führt Gespräche zur Auswahl des Planungsbüros im Rahmen der EU-weiten Ausschreibung.

10.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u.a.

Es liegt kein Einvernehmen vor.

11.) Mitteilungen und Anfragen

11.1.) Interne Leistungsverrechnung

Vorlage: MV/2015/097

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

11.2.) 9. Bericht zur Revitalisierung des BusinessPark Elbufer

Vorlage: MV/2015/085

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

11.3.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Die CDU erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand ihres Prüfauftrags. Die Beantwortung ist zeitintensiv und wird voraussichtlich im Dezember oder Januar erfolgen.



Herr Schumacher fragt, auf wieviel Landesförderung bei einer Umnutzung des Hafenkopfgeländes die Stadt verzichten müsste. Die Verwaltung erwidert, dass sie die Gefahr sieht, dass man bei einer schriftlichen Anfrage eine Antwort erhält, die man nicht will. Sollten die Verhandlungen scheitern, liegt eine andere Situation vor. Daher hat man beim Land noch nicht schriftlich angefragt.

11.4.) Sonstiges

entfällt

13.) Bauvorhaben, B-Plan 9b "Müllerkamp", 2. Änd. Teilbereich "Rudolf- Breitscheid-Straße"

Herr Lieberknecht erklärt, dass Vereinbarungen über Miethöhen normalerweise in städtebaulichen Verträgen geregelt werden, die immer vertraulich zu behandeln sind. Da der Sachverhalt hier ähnlich gelagert ist, kann er öffentlich keine konkreten Inhalte wiedergeben. Der Investor will sich verpflichten, eine bestimmte Anzahl an Wohnungen zu einer bestimmten Miethöhe eine bestimmte Zeitlang abzugeben. Eine entsprechende Erklärung will er aber erst nach dem Ratsbeschluss schriftlich abgeben.

Herr Wuttke findet, dass dies die falsche Reihenfolge ist. Er fragt, ob weitere Punkte wie Teilabriss und die Stellplatzfrage angesprochen worden sind. Herr Grass antwortet, dass die Abrissmöglichkeit schon heute besteht ohne B-Plan-Änderung. Die Stellplätze sind abhängig von der Reihenfolge der Errichtung der Gebäude und müssen im Baugenehmigungsverfahren nachgewiesen werden.

Herr Wuttke fragt, ob Abrisse eine genehmigungspflichtiges Verfahren sind. Die Verwaltung antwortet, dass viele genehmigungsfrei sind. Selbst bei genehmigungspflichtigen Abrissen ist das Ermessen aber häufig auf null reduziert und es muss genehmigt werden.

Herr Fölske erwartet von der Verwaltung, dass sie die Position des Rates dem Investor klar macht und die Interessen der Mieter wahrnimmt.

Der Seniorenbeirat ist der Meinung, dass der Investor durch die Aufstellung eines neuen B-Plans einen Vorteil erhält, für den es auch ein Gegengewicht geben muss.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass man einhellig der Meinung gewesen ist, dass dieses Vorhaben nicht unter die 30 %-Klausel fällt, da das Projekt unter 1.500 m² Nettowohnbaufläche liegt.

Herr Lieberknecht erklärt, dass es heute nicht um Beschlüsse geht, sondern man nur das Ergebnis der Gespräche mitteilen wollte. Man sollte nicht vergessen, dass dem Planungsrecht Grenzen gesetzt sind,

Herr Fölske will wissen, warum sie nicht über die Abrisspläne informiert wurden. Herr Lieberknecht erwidert, dass man eine Vielzahl von Gesprächen geführt hat und keine Absicht des Investors erkennbar ist, abzubrechen.

Herr Schernikau erklärt, dass wegen technischer Probleme die Sitzung für den nicht-öffentlichen Teil in den Sitzungsraum Vejen verlegt wird und unterbricht die Sitzung für eine 10-minütige Pause.



18.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Planungsausschuss hat den Nachtragsvereinbarungen mit der Arge HC Hagemann GmbH/Eggers Umwelttechnik GmbH und der Beauftragung des Büros GERTZ GUTSCHE RÜMENAPP mit einer Fiskalischen Wirkungsanalyse zugestimmt.

gez. Michael Schernikau

Vorsitzende/r

Sonja Taschendorf
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift

07.12.2015

07.12.2015

